

Schüler wollen wissen, wo es langgeht

Limburg-Weilburg 50 Jugendliche haben die Stadtpolitik begleitet, sechs stellen ihre Verbesserungsvorschläge und Ideen vor

Sie kommen aus Elz, Bad Camberg, Dauborn, Staffel, Nomborn und Langhecke und haben eine Zeit lang die Limburger Stadtpolitik begleitet. Das Fazit der sechs Adolf-Reichwein-Schüler: Politische Prozesse sind langwierig, manchmal anstrengend, interessant – und es gibt Verbesserungsmöglichkeiten.

VON PETRA HACKERT

Warum nicht mehr digitalisieren? Das ist einer der Vorschläge, die Marcel von Brasche, Richard Moreno, Jonas Timon Härtling, Lukas Keller, Johanna Lademann und Lukas Müller machen, nachdem sie Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen und eine Stadtverordnetenversammlung in Limburg besucht haben. Sie sind nicht allein: Mehr als 50 Adolf-Reichwein-Schüler hatten sich auf Initiative ihres Lehrers und Projektleiters Roland Gawinski auf den Weg in die Sitzungen gemacht. Im Gespräch mit dieser Zeitung beschreiben die genannten sechs ihre Eindrücke und geben auch Tipps an die Politik.

In der Stadtverordnetenversammlung mit mehr als 30 Tagesordnungspunkten wurden die Themen teilweise sehr schnell und oh-

ne

Da wurde diskutiert, ob Hunde einmal im Jahr gratis im Freibad schwimmen dürfen, dabei gibt es Kinder oder Familien, die wenig Geld haben und ein solches Angebot sicher besser gebrauchen könnten.“

Lukas Müller

ne Diskussion abgehandelt. „Eine Bürgerin saß neben mir und hat ständig abgehakt und einstimmig dazugeschrieben“, berichtet Lukas Müller. Das ging den jungen Leuten zu schnell, und es fehlte der Austausch. Allerdings: „Vorbereitet wird das Ganze ja in den Ausschüssen“, geben sie selbst die Antwort. Wenn sich also ein Fachausschuss, den sie auch besucht haben, mit einem Thema beschäftigt, dann ist die Diskussion häufig viel intensiver. Herrscht Einigkeit unter den Fraktionen, geht es dann im Parlament sehr schnell.

Vorgefertigte Meinung

Die andere Seite der Medaille: Manches wird intensiv diskutiert, und hier hat die Schüler gewundert, für welche Themen zum Teil viel Zeit verwendet wird. „Da wurde diskutiert, ob Hunde einmal im Jahr gratis im Freibad schwimmen dürfen, dabei gibt es Kinder oder Familien, die wenig Geld haben und ein solches Angebot sicher besser gebrauchen könnten“, meint Lukas Müller.

Ein anderes Thema ist den Schülern viel näher: Die Diskussion um die Abgaswerte, die Verbesserung der Luftqualität und der Verkehr in der Domstadt. „Hier hat es die FDP sehr drastisch dargestellt, als es um den autofreien Neumarkt ging. Es

hieße, „stellt doch ein Schild vor Limburg, wir wollen keine Autos mehr“, hat Lukas Müller beobachtet. Und: „Es kam mir vor, als ob die Diskussion nichts bringt. Man hatte schon von vornherein eine feste Meinung.“ Außerdem: „Das ist auch oft so: Wenn man kein Argument mehr hat, dann kommen Vergleiche mit der AfD oder US-Präsident Donald Trump.“

Nicht immer sachliche Auseinandersetzungen und langwierige Entscheidungsprozesse – das steht bei den Schülern auf der Negativseite. Das Engagement der Kommunalpolitiker, die dies alles ehrenamtlich tun, und die intensive Auseinandersetzung mit den Sachthemen auf der Positivliste. „Es ist anstrengend, aber das ist Demokratie“, haben die Schüler festgestellt. Und: „Es bringt einen zum Nachdenken, ob man sich selbst beteiligen möchte“, sagt Johanna Lademann.

Weniger Papier

Die jungen Leute gehen noch einen Schritt weiter: Digitalisierung. Das könnte helfen, um Papierberge zu minimieren und die Umweltbilanz zu verbessern, sagt Marcel von Brasche. Ordnerweise Unterlagen, bisher im Papierformat, könnten als digitale Ordner per Computer gelesen und ausgewertet werden. „Wer nicht über diese Technik verfügt, könnte zum Beispiel über einen Computer im Rathaus Zugang dazu bekommen, der für diejenigen eingerichtet wird“, rät Brasche. Er zieht den Vergleich zur Adolf-Reichwein-Schule, wo das schon so ist. „Das ist ein Kosten- und ein Umweltfaktor. Limburg könnte hier auf lokaler Ebene etwas testen, was auf Bundesebene noch nicht so möglich ist.“ Also eine Vorreiterrolle übernehmen.

Doch es geht nicht nur um die Ersparnis in der Vorbereitung. Auch bei den Abstimmungen würden die Schüler gerne auf digitale Technik zurückgreifen. Richard Moreno erklärt das so: „Das wäre auch unabhängiger, weil die Wahlen dann wirklich frei sind.“ Er meint: So könnte jeder Parlamentarier geheim abstimmen, wie er es selbst für richtig hält, unabhängig von Fraktionszwängen, an Sachthemen orientiert.

Halten die Schüler Parteien also für überflüssig? „Keineswegs“, so



Der Limburger Busbahnhof West: Insgesamt fahren in der Domstadt zu wenig Busse, sagen die Jugendlichen. Fotos: Petra Hackert

die rasche Antwort. „Es ist schon wichtig, dass sich diejenigen, die ähnliche Positionen haben, unterstützen und zusammentun.“ Auch das hilft im politischen Entscheidungsprozess, bei der Vorbereitung auf Themen. Klar sei auch: Größere Fraktionen könnten personell besser aufteilen, wer welche Fachausschüsse besucht, als etwa die Linken mit nur zwei Leuten im Parlament. Die hätten es dann ungleich schwerer. Aber auch das ist Demokratie, und daran wollen sie nichts ändern. Gefallen hat ihnen, dass sie überall dabei sein konnten. Meistens hatten sie auch den Eindruck, dass man ihre Beiträge – denn nach ihrer Meinung gefragt wurden sie auch – ernst genommen hat.

Im Personennahverkehr könnte vieles besser werden

Ein Vorschlag der Schüler ist die Digitalisierung, ein weiterer beschäftigt sich mit den Abgasen und dem Verkehr. „In der Stadtpolitik wurde zum Beispiel über Mooswände gesprochen, um gegen Feinstaub etwas zu tun“, schildern die Schüler eine Beobachtung. Sie würden in eine ganz andere Richtung denken: Verkehr minimieren, indem der Öffentliche Personennahverkehr verbessert wird. Das trifft sie zum Teil ganz direkt, denn gerade im ländlichen Raum seien die Anbindungen teils sehr schlecht, die Kosten zu hoch.

„Ich habe im vergangenen Jahr für eine Fahrt von Limburg nach Nomborn noch sieben Euro bezahlt. Das wurde nun auf 3,70 Euro gesenkt. Aber es wäre toll, wenn man zum Beispiel für einen Euro am Tag in ganz Hessen fahren könnte“, meint Johanna Lademann. Marcel von Brasche ergänzt: „Nach dem Realschulabschluss sind wir nicht mehr schulpflichtig. Das heißt, wer dann die Oberstufe besucht, muss den Transport, also zum Beispiel den Schulbus, selbst zahlen.“ Das wiederum sei für manche Familien sehr viel Geld.

Selbst wenn sich Anträge auf Unterstützung beim Sozialamt stellen ließen, haben die jungen Leute hierzu eine feste Meinung: „Im 21. Jahrhundert sollte Schule kostenfrei sein, und das bis zum Abitur. Das ist sie auf diese Weise nicht. Dafür sollte man nicht extra einen Antrag stellen müssen. Es ist schlecht, wenn Schule aufgrund des Kostenfaktors nicht mehr für alle gleichermaßen zugänglich ist“, monieren sie.

Ein anderes Thema ist die Qualität der Beförderung. So seien die Schulbusse vom Busbahnhof

zur Adolf-Reichwein-, der benachbarten Dessauer- und der Peter-Paul-Cahensly-Schule zum Teil so überfüllt, dass viele laufen, weil sie sonst zu spät zum Unterricht kämen. „Wenn man in ein paar Busse nicht hineinkommt, dann entscheidet man sich fürs Laufen. Nächster Punkt: Um 14.45 Uhr (oder 15.45 Uhr) ist die Schule aus. Der Bus fährt zehn Minuten früher. Das heiße, entweder fast eine Stunde warten, oder wieder laufen. Warum der Takt so seltsam geregelt ist, können die Jugendlichen nicht verstehen.“ pp



Richard (Bad Camberg)

„Es ist interessant zu sehen, wie die Themen in den einzelnen Fraktionen vordiskutiert werden.“ Außerdem sei es eine Überlegung wert, für Abstimmungen digitale Techniken zu nutzen.



Lukas (Langhecke)

„Fraktionen sind nicht überflüssig. Man muss verschiedene Meinungen auch vertreten und Themen vorbereiten können.“ Deshalb sei die Vorbereitung in den Fachausschüssen auch sehr wichtig.



Marcel (Elz)

„Wenn wir Kritik an den Politikern üben, sollten wir uns überlegen, wie wir etwas ändern könnten.“ Ein Vorschlag, Papier zu sparen, wäre zum Beispiel das „Digitale Rathaus“.



Jonas Timon (Dauborn)

„Wir wurden in den Fraktionssitzungen nach unserer Meinung gefragt. Der Wille war da, uns einzubeziehen.“ Er habe den Eindruck gehabt, dass die Ideen der Schüler ernst genommen werden.



Lukas (Staffel)

„Es wurde über Themen diskutiert, die uns alle betreffen, zum Beispiel auch den Bau des Edeka-Markts in Staffel.“ Nirgendwo sonst sei Politik so nah an den Menschen wie im kommunalen Bereich.



Johanna (Nomborn)

„Das alles zu sehen, war sehr interessant. Es bringt einen zum Nachdenken, ob man sich selbst beteiligen möchte.“ Demokratische Entscheidungsprozesse seien anstrengend, aber lohnend.

„Konstruktive Allianz“ der Krankenhäuser

Limburg/Diez Politiker informieren sich in St.-Vincenz-Klinik in Diez über länderübergreifende Kooperation

„Nur durch Vernetzung lässt sich flächendeckend, wohnortnah und mit hoher Qualität Gesundheitsversorgung sicherstellen.“ Dieses Resümee zog Landrat Frank Puchtler (Rhein-Lahn-Kreis) bei einem Gespräch mit Vertretern der St. Vincenz-Kliniken am Standort Diez

Gemeinsam mit Verbandsbürgermeister Michael Schnatz und Stadtbürgermeister Frank Dobra informierte er sich im Gespräch mit Rechtsanwalt Erwin Reuhl, dem Verwaltungsratsvorsitzenden der Trägergesellschaft, Geschäftsführer Guido Wernert und dem Betriebsratsvorsitzenden Diez, Stephan Meier, über die aktuelle Entwicklung des St. Vincenz-Krankenhauses Diez.

„Auf hohem Niveau weiter zusammenwachsen“ – so habe der Tenor des Gesprächs gelaute, heißt es in einer Pressemitteilung des Krankenhauses über das Gespräch. Die Vincenz-Vertreter skizzierten demnach „die wichtigsten Schritte zur Stabilisierung des Standorts Diez“.



Verwaltungsratsvorsitzender Erwin Reuhl erläutert die Allianz der beiden Häuser mit bedarfsorientierter Versorgung der Region. Foto: St. Vincenz

So stehe unter anderem durch die Bildung von standortübergreifenden Kompetenzzentren ein „bestens aufgestelltes Angebot hochwertiger Medizin und vernetzter Expertise für die Bürger der Region bereit“. Denn seit Juli arbeiten die Fachbereiche Innere Medizin, Un-

fallchirurgie und Orthopädie sowie Allgemein- und Viszeralchirurgie in engster Vernetzung zusammen. Beide Kliniken könnten ihre Ressourcen so intensiver und standortübergreifend nutzen und ihre Versorgungsangebote noch mehr zum Wohle der Patienten sichern und

ausrichten. Auch Mitarbeiter werden in diesen Bereichen schrittweise standortübergreifend eingesetzt. „Diese Entwicklung ist ein Signal an den ganzen Rhein-Lahn-Kreis“, so Reuhl und Wernert. „Wir hoffen, dass die Bürger dieses Angebot auch nutzen werden.“

Bedarf an Geriatrie

Mit der Übernahme des Diezer Krankenhauses sei für die Krankenhausesgesellschaft am Standort Diez die rheinland-pfälzische Landesplanung ein Thema, erläuterte Geschäftsführer Wernert. Dort bestehe bei der Altersheilkunde Nachholbedarf. Das Geriatriekonzept des Landes Rheinland-Pfalz zeige beispielhaft, dass zunehmend immer mehr Patienten einer höheren Schweregradgruppe zuzuordnen seien und ein erheblicher Mehrbedarf an geriatrischen Betten bestehe. Gerade für dieses schwer kranke Patientenkontingent sei eine lückenlose Behandlungskette essentiell wichtig. Darüber hinaus habe sowohl für die Patienten, als auch für ihre Angehörigen die Wohnortnähe

der Behandlung große Bedeutung. Dank der neuen Weiterentwicklung des Standorts könnten künftig Patienten mit geriatrischen rehabilitativen Folgebehandlungen nach Akutbehandlungen (z. B. Muskel-, Skelet-, Viszeral- und gefäßchirurgische Eingriffe, schwere internistische Erkrankung wie Herzinfarkt oder Pankreatitis) in Diez zügig und wohnortnah weiterbehandelt werden. Bei den Behandlungen im Bereich Geriatrie entfielen allgemein rund 75 Prozent auf frührehabilitative geriatrische Komplexbehandlungen. Dies bedeute für den Standort Diez perspektivisch rund 400 frührehabilitative geriatrische Komplexbehandlungen, so Wernert: „Ein Bedarf, der bisher durch andere Geriatrien im Umfeld nicht abgedeckt ist.“ Innerhalb einer Entfernung von 30 bis 40 Minuten rund um Diez werden insgesamt sieben geriatrische Einrichtungen zur Behandlung vollstationärer geriatrischer Fälle betrieben. Diese Entfernungen zeigten, dass der Standort Diez geographisch geeignet eine große Versorgungslücke

schließe. Auch bei diesem Besuch vor Ort registrierten die Politiker positiv, dass der Betriebsrat den perspektivischen Weg des Hauses konstruktiv mit begleitet – dies machte Betriebsratsvorsitzender Stephan Meier deutlich. Einig waren sich alle Gesprächspartner laut Pressemitteilung darüber, dass gerade in den letzten Wochen mit Zentrumsbildung und der neuen Sektion Geriatrie „bedeutende Schritte“ zur weiteren Vernetzung der beiden St. Vincenz-Kliniken Limburg und Diez gelungen seien.

Landrat Puchtler: „Wir nehmen hier eine überzeugende Entwicklung hin zu einem nachhaltigen, länderübergreifenden Kompetenznetz für die gesamte Region wahr.“ Puchtler würdigte das Engagement der Vertreter der Krankenhausesgesellschaft, bedarfsorientierte Versorgungsangebote für die Region zu erarbeiten und mit Einbindung der verschiedensten Partner eine konstruktiv Allianzen geschaffen zu haben: „Wohnortnahe Versorgung vernetzt mit überregionalem Know How ist gerade im ländlichen Raum nicht selbstverständlich.“ red

Nassauische Neue Presse
Regionalausgabe der Frankfurter Neuen Presse
Verlag: Frankfurter Societäts-Medien GmbH,
Geschäftsführung: Oliver Rohloff
Redaktion: Joachim Heidersdorf (Redaktionsleiter, verantwortlich).
Kreis Limburg-Weilburg, Rhein-Lahn-Kreis und Westerwald: Julia Bloching, Stefan Dickmann, Gerhard Ege-
nolf, Rolf Goeckel, Petra Hackert, Christof Hüls, Ursula Königstein, Sabine Rauch, Volker Thamm; Regional-
sport: Marion Morello – sämtlich Limburg.
Anschrift der Redaktion, Geschäftsstelle und Anzeigenannahme: Bahnhofstr. 9, 65549 Limburg. Redak-
tion: Tel. (06431) 29430, Telefax (06431) 294382; Anzeigen: (06431) 294380, Abo-Service: (06431)
294312. Telegrammadresse: Presse Limburg/Lahn. Geschäftsstelle Weilburg: Langgasse 26, Tel.
(06471) 1565. Erscheint werktäglich. Postverlagsort ist Frankfurt am Main. Auszug aus den „Allgemei-
nen Geschäftsbedingungen für Abonnementverträge“. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Ver-
lages, z. Bsp. bei höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und Störungen im Zustellbereich, können Ent-
schädigungsansprüche nicht gestellt werden. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main. Kündigungen des
Abonnements zum Monatsende müssen dem Verlag bis zum 10. des Monats vorliegen. Die vollständi-
gen Geschäftsbedingungen hängen in unseren Geschäftsstellen zur Einsicht aus. Auf Wunsch schicken
wir sie unseren Abonnenten auch zu.